

## Das Dreiseenland macht Dampf

Der Raddampfer Neuchâtel wurde in Sugiez eingewassert. Doch der Kanton Bern will keine Beiträge daran zahlen. Die gesamten Kosten der Sanierung werden sich auf rund 12 Millionen Franken belaufen.

Der Bund, 15.08.2013: EDU Grossrat Peter Bonsack aus Kallnach hat zusammen mit Vertretern verschiedener Parteien eine entsprechende Motion eingereicht. Das Dampfschiff Neuchâtel stellt ein einmaliges historisches und kulturelles Erbe dar, schreibt Bonsack. Es würde dem Kanton Bern sehr gut anstehen, dieses Projekt ohne Wenn und Aber zu unterstützen.

## Peter Bonsack bleibt Präsident der EDU Kanton Bern

Orientierung durch Alfred Schneiter an der Delegiertenversammlung über die personellen Wechsel im bei der EDU- Fraktion im Grossen Rat

-> [Bieler Tagblatt](#)

## Medien über den Kanton Bern allgemein

### Dezember 2011

#### Senkung der Motorfahrzeug- Steuern

Keine aufschiebende Wirkung bei der SVP- Beschwerde

[Berner Zeitung, 21.12.2011](#)

Mit der Stimmrechtsbeschwerde stellt die SVP eine neue Praxis des Bundesgerichts in Frage. Die Richter in Lausanne hatten 2009 entschieden, dass sehr knappe Abstimmungsresultate auch dann nachgezählt werden können, wenn keine begründeten Hinweise auf Unregelmässigkeiten bestehen.

#### **Indessen: Staatskanzlei entlastet die Gemeinden, welche die Stimmzettel fortgeworfen haben**

[Berner Zeitung, 15.12.2011](#)

#### Das neue kantonale Sozialhilfe- Gesetz

[Berner Zeitung, 20.12.2011](#)

Sozialarbeiter ziehen es vor das Bundesgericht. Die Teilrevision verstosse gegen die Bundesverfassung.

Sauer stossen den Sozialarbeitern und ihren Mitstreitern zwei Neuerungen auf: Erstens dass Sozialhilfesuchende künftig unter bestimmten Bedingungen die Pflicht haben sollen, den Sozialarbeitern eine Vollmacht zur Informationsbeschaffung über sie zu erteilen.

Der zweite Punkt ist, dass Personen, die in einer Haus- beziehungsweise Wohngemeinschaft mit Sozialhilfesuchenden leben, Auskunft über Sozialhilfebezüger erteilen müssen. Auch wer Sozialhilfesuchenden eine Wohnung vermietet oder Arbeit gibt, soll dazu verpflichtet werden.

## **Berner Fachhochschule auf Bern und Biel konzentrieren?**

[Berner Zeitung, 19.12.2011](#)

Die Kommission braucht mehr Zeit für die Vorbereitung des Berichtes der Regierung zur Konzentration der Fachhochschule.

Der Grosse Rat wird erst in der Märzsession 2012 darüber beraten.

## **Das "Spitex- Dilemma"**

[Bieler Tagblatt, 09.12.2011](#)

Die Schlagzeile: Der Regierungsrat muss noch einmal über die Bücher: Der Grosse Rat verpflichtet ihn, weitere 19 Millionen Franken einzusparen, und sorgt mit seinem widersprüchlichen Spitex- Entscheid für Kopfzerbrechen.

Nach dem Bericht hätten 21 (von 44) SVP- Grossratsmitgliedern und alle fünf EDU- Männer sowie zwei BDP- Frauen zuerst für und dann gegen die Spitex- Sparmassnahme gestimmt, nämlich ...

beim Budget für eine Einsparung von 4 Millionen Franken dadurch, dass die Pflegepatienten eine Kostenbeteiligung bezahlen

bei der Motion, der Kanton soll auf diese Kostenbeteiligung verzichten.

Eigener Kommentar: In der Motion geht es darum, dass die Gesundheits- und Fürsorgedirektion das Geld eben intern andernorts eingespart würde. Beim Budget 2011 ging es darum, den Hebel für Einsparungen anzusetzen, um ein Budget ohne Neuverschuldung zu erreichen.

## **Die Regierung bleibt bei ihrer Haltung, dass sich Patienten an den Kosten der Spitex beteiligen**

[Langenthaler Tagblatt, 15.12.2011](#)

## **Sexualkunde erst auf der Mittelstufe**

[Bieler Tagblatt, 06.12.2011](#)

Eine Motion von Sabina Geissbühler (SVP) fordert, auf obligatorischen Sexualunterricht zu verzichten.

Eine zweite Motion der EVP- und EDU- Fraktion will, dass die sexuelle Erziehung gleich bleibt wie im Lehrplan 95.

Auslöser für die Vorstösse waren die Erziehungsdirektorenkonferenz und ihr Grundlagenpapier zur Sexualkunde. Dabei sollen mittels «Sexboxen» die Kinder bereits ab Kindergartenalter aufgeklärt werden.

In der Antwort schreibt der Regierungsrat, dass die Sexualerziehung eine gemeinsame Aufgabe von Eltern und Schule sei. Eltern hätten die Möglichkeit, ihre Kinder vom Unterricht zu dispensieren. Zudem sei im Kanton Bern nicht vorgesehen, in Kindergarten und Unterstufe Sexualkunde zu unterrichten, sondern erst gegen Ende der Primarstufe.

"Sexualerziehung erhitzt die Gemüter"

[20Minuten, 05.12.2011](#)

Kinder, die in der Schule gezwungen werden, mit Plüschvagas zu spielen oder einander zu massieren: Für Politiker der SVP, EVP und EDU ist das eine Horrorvision.

## **November 2011**

### **Joseph Rohrer neuer Verwaltungsratspräsident der Insel und später vom Spitalnetz Bern**

[Der Bund, 26.11.2011](#)

## **September 2011**

### **Kantonale Volksinitiative zur sofortigen Abschaltung von Mühleberg lanciert**

[Der Bund, 28.09.2011](#)

Die Initianten um Franziska Herren und Walter Kummer haben das Projekt bewusst ohne Unterstützung aus der Politik lanciert und erst gestern Parteien, Verbände und Grossräte um Unterstützung gebeten.

Die Grünen haben allerdings noch eine landesweite Ausstiegs- Initiative.

### **Senkung der Motorfahrzeugsteuern - Problem nicht gelöst**

[Der Bund, 24.09.2011](#)

## **Mit Gott in den Wahlkampf**

Über Sonja Steinmann, unsere Gebetskordinatorin, schreibt [Der Bund am 21.09.2011](#)

Vgl. auch unsere Rubrik zu den [Nationalratswahlen](#)

## **Die Prostituierten im Kanton Bern sollen zahlungsunwillige Freier künftig einklagen können.**

Arbeit der vorberatenden Kommission am Prostitutionsgesetz; [Berner Zeitung, 19.09.2011](#)

## **Die Polizei darf weiterhin verdeckt ermitteln**

[Der Bund, 15.09.2011](#)

Die Kantonspolizei Bern kann weiterhin vorsorgliche und verdeckte Ermittlungen durchführen. Der Regierungsrat hat am Donnerstag die entsprechende Änderung des Polizeigesetzes in Kraft gesetzt.

## **August 2011**

Teilrevision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge: Regierungsrat ordnet Wiederholung der Volksabstimmung an (17.08.2011)

[Medienmitteilung ausführlich \(Kanton\)](#)

Die Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 über die Motorfahrzeugsteuern wird wiederholt. Dies hat der Regierungsrat des Kantons Bern entschieden. Die vom Verwaltungsgericht verlangte Nachzählung kann nicht mehr nach den Grundsätzen der Bundesverfassung durchgeführt werden, weil in 30 Gemeinden insgesamt 18'095 Stimmzettel fehlen. Dies haben Abklärungen der Regierungstatthalter im Auftrag der Staatskanzlei ergeben. Die erneute Volksabstimmung wird am 11. März 2012 stattfinden. Der Regierungsrat hat die Staatskanzlei beauftragt, eine Untersuchung betreffend der Vernichtung der Stimmzettel durchzuführen.

## **Junge SVP geht wegen Neubestimmung vor das Bundesgericht**

[Berner Zeitung, 18.08.2011](#)

**«Kanton muss meine Kosten zahlen»**

[Berner Zeitung, 18.08.2011](#)

Hinter dem Volksvorschlag für eine gerechte Motorfahrzeugsteuer steht der Oberaargauer Garagist Hannes Flückiger. Er zeigt keinerlei Verständnis für den Entscheid der Regierung.

## **Schulanfang: Wie entwickelt sich die Berner Bildungslandschaft?**

[Berner Zeitung, 17.08.2011](#)

Die Sommerferien sind vorbei – erstmals lernen die knapp 8000 Drittklässlerinnen und Drittklässler im deutschsprachigen **Kantonsteil** Französisch. 600 Lehrerinnen und Lehrer haben sich in den letzten eineinhalb Jahren darauf vorbereitet. Entlastung erhalten im neuen Schuljahr die Kindergartenlehrkräfte – sie werden mit 12 500 zusätzlichen Lektionen unterstützt. Aber: Der **Kanton** Bern muss sparen – auch in der Bildung.

## **Bern startet ein Pilotprojekt im Suchtbereich**

[Berner Zeitung, 16.08.2011](#)

Anfang November starten Stadt und **Kanton** Bern ein gemeinsames Pilotprojekt für Case Management im Suchtbereich. Dabei geht es darum, die verschiedenen Hilfsangebote individuell auf den Bedarf der jeweiligen Klienten abzustimmen.

## **Frühfranzösisch geht ins Geld**

[Berner Zeitung, 14.08.2011](#)

## **Die Turbulenzen an den Finanzmärkten vergrössern die «Löcher» der beiden Pensionskassen des Kantons Bern massiv**

[Berner Zeitung, 12.08.2011](#)

Ihre Deckungslücken erhöhten sich im laufenden Jahr bis Anfang Woche von 2,6 auf 3,7 Milliarden Franken. Dafür muss letztlich primär der Steuerzahler geradestehen.

## **Abstimmung Motorfahrzeugsteuern: Nachzählung erforderlich**

[Berner Zeitung, 06.08.2011](#)

20 bis 30 Gemeinden haben die Stimmzettel der umstrittenen Autosteuerabstimmung zu früh vernichtet.

[Berner Zeitung, 05.08.2011](#)

In mehreren bernischen Gemeinden fehlen die Stimmzettel für die Nachzählung der kantonalen Volksabstimmung über die Motorfahrzeugsteuern vom 26. und 27. August 2010. Aline Trede von den Jungen Grünen ist der Meinung, dass nun die Abstimmung wiederholt werden muss.

## **Spital- Zusammenschluss (Insel - Spital Netz Bern)**

[Berner Zeitung, 05.08.2011](#)

Der Kanton Bern prüft ein Rechtsgutachten, das sich kritisch mit dem angestrebten Zusammenschluss von Inselspital und Spital Netz Bern auseinandersetzt.

## **Juli 2011**

### **Haus der Religionen in Bern hat Baubewilligung erhalten**

[Berner Zeitung, 29.07.2011](#)

Der Berner Regierungsstatthalter Christoph Lerch hat die Gesamtbaubewilligung für die geplante Überbauung am Europaplatz mit dem Haus der Religionen erteilt. Zwei Einsprachen wurden zurückgezogen, eine dritte erwies sich als unbegründet.

### **Justizdirektor Christoph Neuhaus (SVP) will das Hooliganproblem angehen**

[Berner Zeitung, 23.07.2011](#)

Sogar Geisterspiele und Spielabsagen könnten verfügt werden.

### **BKW und ewb kaufen zweiten Windpark in Deutschland**

[Berner Zeitung, 16.07.2011](#)

Energie Wasser Bern (ewb) und die BKW FMB Energie AG (BKW) haben in Deutschland einen Windpark gekauft.

### **Schwierige Sanierung der Frauenklinik beim Inselspital**

1,3 Millionen hat die notdürftige Sanierung der Baumängel an der Berner Frauenklinik bisher gekostet. Es wird noch viel teurer. Die Südfassade muss praktisch neu gebaut werden. Grosse Teile der Klinik müssen in dieser Zeit ausziehen. Es wird ein Ersatzspital errichtet.

[Berner Zeitung, 09.07.2011](#)

### **Nachzählung der Volksstimmen zur Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuer**

Das Resultat fiel knapp aus zugunsten des Volksvorschlages. Mit der Senkung der Motorfahrzeugsteuer gibt es für den Kanton über 100 Millionen Mindereinnahmen.

In allen Gemeinden muss nachgezählt werden.

[Berner Zeitung, 07.07.2011](#)

### **Nationalratswahlen**

Die EVP, die CVP und die Grünliberalen spannen im Kanton Bern bei den Nationalratswahlen vom 23. Oktober 2011 zusammen. Das Trio hat eine Listenverbindung beschlossen und strebt mit dem gemeinsamen Stimmenanteil im Kanton Bern vier Nationalratssitze an.

[Berner Zeitung, 06.07.2011](#)

## **Konkrete Zahlen über den Finanzausgleich zwischen den Kantonen**

Die Eidgenössische Finanzverwaltung hat den Bericht über den Schweizerischen Finanzausgleich für das nächste Jahr veröffentlicht.

[Berner Zeitung, 5.7.2011](#)

## **Ausbau des Bahnhofs Bern**

kostet 1.8 Milliarden Franken

Der Ausbau des Bahnhofs Bern soll in mehreren Teilschritten erfolgen. Zunächst erhält der Regionalverkehr Bern-Solothurn (RBS) mehr Platz, anschliessend realisiert die SBB eine seitliche Erweiterung der Perronhalle mit vier neuen Gleisen.

[Berner Zeitung, 5.7.2011](#)

## **Gleiche Lernziele an allen Schweizer Schulen**

Die Schweizer Erziehungsdirektoren haben jetzt erstmals gemeinsame Bildungsziele festgelegt. Diese werden in den Jahren 2014 und 2017 überprüft.

Weitere Schritte in HarmoS

[Berner Zeitung, 5.7.2011](#)

## **Frühfranzösisch ab 3. Schuljahr**

[Berner Zeitung, 5.7.2011](#)

## **Kantonale Wirtschaftsstrategie bis 2025**

Die Regierung setzt vor allem in die Cleantechbranche Hoffnungen.

[Berner Zeitung, 01.07.2011](#)

## Juni 2011

### **BKW schaltet Mühleberg ab und rüstet für 10 Millionen nach**

[Berner Zeitung, 29.6.2011](#)

### **Stellenabbau bei Novartis Bern**

Der Basler Pharmakonzern Novartis zieht sich per Anfang 2013 ganz aus der Stadt Bern zurück. Betroffen sind knapp 300 Mitarbeiter, die einen neuen Arbeitsort im Kanton Zug erhalten.

[Berner Zeitung, 28.06.2011](#)

### **Nun doch ein kommunales Modell im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht**

Die Regierung schwenkt um und will dem Grossen Rat ein kommunales Modell für das Kinder- und Erwachsenenschutzrecht vorschlagen.

[Bericht der Bund vom 04.06.2011](#)

Ebenfalls [Der Bund vom 04.06.2011](#) kommentiert, dass es letztendlich um die Professionalität der Gremien geht. "Die Entmündung und die Bevormundung von Personen sind freiheitseinschränkende Massnahmen. Fürsorgerische Freiheitseinzüge sind starke Eingriffe in die persönliche Freiheit."

### **Verwaltungsreform bringt nicht die erhofften Einsparungen**

Mit der Reform der dezentralen Verwaltung spart der **Kanton** Bern weniger Geld als geplant. Statt der erhofften sieben sind es jährlich lediglich rund drei Millionen Franken.

[Berner Zeitung, 03.06.2011](#)

### **Wahlen im Herbst: BDP im Alleingang**

Laut Berner Zeitung vom 01.06.2011 geht die BDP keine Listenverbindung ein. Werner Luginbühl (bisher) kandidiert wieder für den Ständerat.

[Zum Bericht](#)



## Mai 2011

### **Mit einer Präventionswoche will die Kantonspolizei Bern ein Zeichen gegen Alkohol- und Gewaltexzesse bei Jugendlichen setzen.**

Vom 6. bis 11. Juni soll die Bevölkerung im ganzen Kanton für diese Themen sensibilisiert werden.

[Berner Zeitung, 31.05.2011](#)

### **Kantonsregierung will Abstimmung in der Jurafrage**

[Der Bund, 28.05.2011](#)

### **Berner Energiedirektorin erfreut über den Atomausstieg**

SP- Regierungsrätin Barbara Egger ist über den Entscheid des Bundesrates erfreut. Die Energiestrategie des Bundes sei nun fast deckungsgleich mit derjenigen des Kantons. Egger will die Verfahren zum Bau von erneuerbaren Energieanlagen vereinfachen.

[Der Bund, 26.05.2011](#)

### **Schliessung der Berner Fachhochschulabteilungen in Burgdorf**

Die Leitung der Berner Fachhochschule stellt sich klar hinter die vom Kanton angestrebte Konzentration auf die Standorte Bern und Biel. «Je weniger Schulstandorte, desto besser», sagte Georges Bindschedler, Präsident des Fachhochschulrates, am Montag in Bern.

[Berner Zeitung, 09.05.2011](#)

### **Kindes- und Erwachsenenschutzrecht**

Informationsquelle: [Berner Zeitung, 09.05.2011](#)

Die Revision des Gesetzes, zu der auch die EDU in der Vernehmlassung Stellung bezogen hat, sieht vor, die bisherigen 300 Vormundschaftsbehörden im Kanton Bern durch zwölf Fachbehörden zu ersetzen.

Auf den 1.1.2013 tritt in der Schweiz das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KES) in Kraft. Dieses sieht vor, dass nicht mehr Laien in den Vormundschaftsbehörden der Gemeinden entscheiden, ob ein Kind fremdplatziert werden soll. Obhutsentzüge unterliegen künftig interdisziplinär zusammengesetzten Fachbehörden.

Die EDU hat diese Neuerung gutgeheissen (vgl. [unseren Vernehmlassungsbericht](#)). Allerdings will die EDU die Regierungsstatthalter so optimal wie möglich einbezogen wissen.

Avenir Social, der Verband der Sozialarbeitenden, verlangt, dass in jeder Behörde ein Mitglied mit einem Uniabschluss in Sozialarbeit vertreten ist.

Grüne und SP sprechen sich in ihren Antworten dafür aus, dass der Kanton eine Gesamtplanung vornimmt für alle Heime und staatlichen Einrichtungen, die Pflegeplätze anbieten. Da das Gesetz eine Aufnahmepflicht für Heime vorsehe, befürchtet die SP, bei Platzmangel könnten Personen zu früh entlassen werden. Im Kanton Bern gibt es rund 50 Organisationen, die Betreuungsplätze für Kinder- und Jugendliche anbieten.

## **Die Zahl der Arbeitslosen ist sowohl im Kanton Bern als auch schweizweit rückläufig.**

Bei der Berner Volkswirtschaftsdirektion spricht man von einer «konjunkturellen Erholung». Temporärbüros konnten deutlich mehr Arbeiter vermitteln.

[Berner Zeitung, 06.05.2011](#)

## **AKW Mühleberg: BKW will auf «strenge Verfügung» reagieren - Gegner sind besorgt**

Die Atom-Aufsichtsbehörde ENSI hat der Diskussion um die Sicherheit des AKW Mühleberg neue Nahrung gegeben. Die BKW hält die Verfügung des ENSI für «streng», will aber wie verlangt Vorschläge für eine Nachrüstung einreichen.

[Berner Zeitung, 05.05.2011](#)

## **Die SVP verlangt, dass der Kanton konsequenter ausschafft**

In drei Vorstössen fordert die SVP von der Regierung, kriminelle Ausländer konsequent auszuschaffen. Die Regierung will davon nichts wissen.

Die SVP drängt dabei auf Umsetzung der im November angenommenen Ausschaffungsinitiative. Die Grossräte Thomas Knutti (Weissenburg), Erich Hess (Bern) und Manfred Bühler (Cortébert) zeichnen die Vorstösse.

Knutti fordert, dass sich die Regierung beim Bund dafür einsetzt, dass abgewiesene Asylbewerber sofort ausgeschafft werden. Hintergrund ist die Situation bei einer serbischen Familie, die sich seit 2006 gegen negative Asylentscheide wehrte. Letzten Sommer habe der Bund die Familie vorläufig aufgenommen. Dies, obwohl sie laut Knutti Behörden und Polizei mit Einweisungen in die psychiatrische Klinik, Diebstählen und Gefährdungsmeldungen in Atem hält.

Deshalb solle die Regierung Asylentscheide des Bundes auf ihre Korrektheit prüfen.

In der Antwort hält die Regierung fest, dies liege nicht in der Kompetenz des Kantons. Ansonsten nehme der kantonale Migrationsdienst seinen Auftrag wahr und schaffe abgewiesene Asylsuchende aus. Schwierig sei dies allerdings bei Ländern wie Algerien, mit denen die Schweiz kein Rückübernahmeabkommen habe.

Erich Hess erkundigt sich in einer Interpellation über die Möglichkeiten zur Verschärfung der Ausschaffungspraxis. Er will wissen, welche Bestimmungen der Ausschaffungsinitiative der Kanton bereits anwenden könne.

«Keine», so die Antwort der Regierung. Bis das Bundesparlament die gesetzliche Grundlage verabschiedet habe, gelte das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer. Bereits heute, so die Regierung, schöpfe der Kanton die gesetzlichen Möglichkeiten aus. 2010 schaffte der Kanton 865 Personen aus, 2009 waren es 729 und im Jahr davor 409.

Nach Zahlen verlangte auch Manfred Bühler in einer Interpellation zur Situation krimineller nigerianischer Asylsuchender. Er wollte unter anderem wissen, wie viele Nigerianer im Kanton Bern in Ausschaffungshaft sind und welche Kosten dem Kanton durch das Aussetzen der Rückschaffungen entstanden.

Laut Regierung waren im Januar total 32 Nigerianer in Haft, 25 davon in Ausschaffungshaft. Per 7. April waren es noch 10 Inhaftierte, 7 in Ausschaffungshaft. Die neunmonatige Streichung der Sonderflüge habe im Kanton zu einer Erhöhung der Kosten für Ausschaffungshaft (250 Franken pro Tag) und Nothilfe (40 Franken pro Tag) geführt.

Berner Zeitung, 06.05.2011

## **April 2011**

### **Das Staatsarchiv Bern baut sein Online- Angebot aus.**

Die Revision des Archivgesetzes wird umgesetzt. Damals präsidierte Alfred Schneiter die vorbereitende Kommission zur Lesung des Gesetzes im Grossen Rat.

[Berner Zeitung, 19.04.2011](#)

## **März 2011**

### **Minarett sorgt für neuen Streit**

Es geht um das Baugesuch für ein Minarett in Langenthal.

Neu entfacht sich ein Streit zwischen Daniel Kettiger, Rechtsanwalt, und Dr. Heinz Gstrein.

[Berner Zeitung, 23.03.2011](#)

Artikel auch im Langenthaler Tagblatt: ["Kampf mit harten Bandagen im Minarettstreit"](#)

### **Keine Stromlücke ohne Mühleberg**

Bei sofortiger Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg müsste die BKW Strom im Ausland einkaufen. Der Preis für Kunden dürfte dabei steigen.

[Berner Zeitung, 23.03.2011](#)

## **EDU überholt FDP als wirtschaftsfreundlichste Partei**

[Berner Zeitung, 22.03.2011](#)

Die gebeutelte bernische FDP muss einen weiteren Rückschlag einstecken: In den Augen des Handels- und Industrievereins (HIV) ist sie nicht mehr die wirtschaftsfreundlichste Partei des Kantons Bern.

Überholt wurde sie nicht etwa von einer anderen grossen bürgerlichen Partei, sondern von der kleinen, bibeltreuen EDU. Diese schnitt im neusten Grossratsrating am besten ab, wie der HIV am Dienstag vor den Medien in Bern bekanntgab.

"Kleine EDU überholt gebeutelte FDP"; [Langenthaler Tagblatt](#)

## **Kanton Bern erleidet herben Rückschlag bei Gemeindefusionen**

[Der Bund, 15.03.2011](#)

Grossfusionen scheinen im **Kanton** Bern unmöglich umsetzbar – Experten sehen aber keine Alternative

### **Sporthallen um ein weiteres Jahr verzögert**

Berner Zeitung, 15.03.2011

Wegen der 15 Einsprachen musste die Sporthallen Weissenstein AG das Projekt anpassen. Sie wird ein ergänzendes Baugesuch einreichen. Dies verzögert den Bau der beiden Dreifachhallen erneut. Die Eröffnung ist nun für Sommer 2014 geplant.

### **«Entlastungen von 200 Millionen reichen bei weitem nicht»**

Von Dölf Barben. Aktualisiert am 09.03.2011, Der Bund

Neue Schulden seien aus heutiger Sicht unvermeidlich, so Finanzdirektorin Beatrice Simon.

### **Basisstufe Motion der BDP / Listenverbindungen, Dieter Widmer BDP**

[Vgl. Geschäfte Märzsession ERZ](#)

Tschäppät schlägt Alarm – 5500 Wohnungen sind in Gefahr

Von Hannah Einhaus. Aktualisiert am 08.03.2011, Berner Zeitung

Bis Ende Jahr geniessen Stadtwohnungen einen Schutz gegen die Umnutzung in Büroräume. Der Kanton hebt diesen Schutz per Ende 2011 auf. Bern könnte bis zu 5500 Wohnungen verlieren.

## *Bern-Thun*

### **Mit seinem Aare-Grossprojekt gefährdet der Kanton die Wasserversorgung**

[Berner Zeitung, 09.03.2011](#)

Rund 200'000 Menschen in der Agglomeration Bern trinken Wasser aus dem Aaretal. Doch durch die geplanten Bauarbeiten an der Aare zwischen Thun und Bern gefährdet der Kanton die Schutzzonen bei Kiesen und Belp.

### **Die SBB-Brücke steht dem Projekt «Aarewasser» noch im Weg**

Im Raum Kiesen entscheidet sich, wie erfolgreich der geplante Hochwasserschutz entlang der Aare wird. Neben den Grundwasserbrunnen der Agglomeration Bern ist auch die SBB-Brücke für den **Kanton** ein Problem

### **Neuverschuldung verhindert – Düstere Aussichten**

Der Kanton Bern hat im vergangenen Jahr dank Sparmassnahmen eine Neuverschuldung verhindern können. Die Freude über den positiven Abschluss dürfte wegen der trüben Aussichten aber nicht lange anhalten

### **Stadt wartet nicht auf Regierungsrat**

Die Stadt wollte die Bilder der geplanten Videoüberwachung zur Polizei übermitteln. Diese lehnte ab. Der zuständige Regierungsrat stützt diesen Entscheid, bringt das Thema aber im Kontaktgremium Sicherheit **Kanton**-Gemeinden ein. Thun will jedoch nicht abwarten, sondern das Projekt vorantreiben.

### **Arbeitslosigkeit ging spürbar zurück**

Im Kanton Bern ist die Arbeitslosigkeit im Februar erneut zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 2,6 Prozent. Einen solchen Rückgang im Monat Februar gab es letztmals 2007

### **Die Berner EDU steigt ins Wahljahr**



Die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) des **Kantons** Bern will bei den Nationalratswahlen ihren Sitz in der grossen Kammer halten und den Wähleranteil auf 4 Prozent steigern.

### **Die Zukunft stoppt beim Taleingang**

Die Gemeinde Oberwil im Simmental möchte ihre wirtschaftliche Zukunft gestalten. Doch das Land, das sie dafür brauchen möchte, liegt gemäss **Kanton** am falschen Ort. Dieses Problem haben viele Gemeinden.

## **Februar 2011**

### [Spitäler und Versicherer kritisieren Kanton](#)

Wenn ein Spital nur noch eine bestimmte Anzahl medizinischer Leistungen pro Jahr erbringen dürfte, sei dies problematisch, sagen Verantwortliche von bernischen Spitälern und Versicherern. Sie stellen die vorgesehene Fallmengensteuerung infrage.

### [So sollen Engpässe auf Berner Autobahnen beseitigt werden](#)

Zwei Studien des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) nehmen sich den Engpässen auf der Autobahn im Grossraum Bern an. Sie nehmen folgende Lösungen unter die Lupe...

### [Grossrats-Kommission unterstützt Spitalfusion](#)

Die Finanzkommission des bernischen Grossen Rates begrüsst die geplante Spitalfusion auf dem Platz Bern. Damit werde der Medizinalstandort Bern gestärkt, schreibt sie in einer Mitteilung vom Donnerstag

### [Immer mehr Reiche profitieren von Pauschalbesteuerung](#)

Immer mehr reiche Ausländer profitieren im **Kanton** Bern von der günstigen Pauschalbesteuerung – und sie zahlen durchschnittlich immer weniger Steuern.

### [Bern regelt disziplinarische Massnahmen in Jugendheimen](#)

Das neue Gesetz, das einschneidende Massnahmen in Kinder- und Jugendheimen im **Kanton** Bern regelt, ist in der Vernehmlassung auf positives Echo gestossen. Das **Kantons**parlament wird die Vorlage im kommenden Juni in erster Lesung beraten.

### [Velos auf der Schnellspur](#)

Was in der Region Bern angedacht wird, ist in Nordeuropa bereits Alltag: Schnellrouten für Velopendler sind in den Velovorzeigestaaten Dänemark und Holland eine echte Alternative.

### [Hohe Tram-Kosten bereiten Ostermundigen Sorgen](#)

Mit dem Tram Region Bern kommen hohe Kosten auf Ostermundigen zu. Wie hoch diese sind und wie die Gemeinde sie finanzieren will, ist noch nicht klar.

### **Die Verbände wollen die Löhne fürs Staatspersonal sichern**

[Der Bund, 17.02.2011](#): Ein Lohnsummenwachstum, das individuelle Lohnerhöhungen tatsächlich ermöglicht: Das fordern die Personalverbände des Kantons Bern. Diesen Frühling wollen sie eine Volksinitiative lancieren.

Regierung verlangt ab 2014 tiefere Krankenkassenprämien -> [BZ](#)

## **Fachhochschule Burgdorf**

-> [Resolution des Stadtrates / SVP-Politiker wollen Zentralisierung der Fachhochschule stoppen](#) / [Entscheid der Regierung](#) ; [Medienkonferenz](#) -> [dies empört die ganze Region](#) /

Peter Eberhart setzt seinen Kampf gegen die Gesetzes- und Regulierungswut der kantonalen Verwaltung fort: In zwei parlamentarischen Vorstössen fordert der Simmentaler BDP-Grossrat vom Regierungsrat Massnahmen, die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von «unnötigem» administrativen Aufwand entlasten. -> [BZ](#)

## **Bern zweifelt an der Tourismuszone Altstadt**

Die Läden in der Berner Altstadt sollen künftig am Sonntag offen haben. So möchte es eine Mehrheit des Berner Grossen Rats. Doch die Umsetzung des Vorstosses birgt rechtliche Probleme. -> [BZ](#)

## **Jugend-Grossrats-Tag**

77 Jugendliche aus dem Kanton Bern diskutierten gestern mit Grossrätinnen und Grossräten über «Stolpersteine», die Jugendlichen das Mitwirken in Politik und Gesellschaft erschweren. Im Rathaus in Bern hatte für einmal die junge Generation das Sagen. -> [BZ](#)

## **Der Kanton Bern will prüfen, wie der sehr grosse Verwaltungskreis Bern-Mittelland optimiert werden könnte.**

Die von der SVP erhobene Forderung zielte darauf ab, den Verwaltungskreis Bern-Mittelland aufzuteilen, analog der Wahlkreise. -> [BZ](#)

## **Der Bund, 03.01.2011**

[Im Kanton Bern ist die Zahl der Gemeinden auf Neujahr von 388 auf 383 gesunken.](#)

Die Bewohner Albligens und Wahlerns feierten die Fusion zur Gemeinde Schwarzenburg. Auch in anderen Teilen des Kantons verschmelzen die Kommunen.

# **Medienmitteilungen 2010**

## **14. / 15.12.2010**

### **Regierung hält am Rauchverbot fest**

[Berner Zeitung](#) betr. Motion Erich Hess

### **Bypass Thun**

Nach Meinung von Barbara Egger- Jenzer Gelder sichergestellt -> [Berner Zeitung](#)

## 08.12.2010

Justizreform -> [Berner Zeitung](#)

Der Staatsanwalt bekommt neue Aufgaben. Weniger Laienrichter. Justiz verwaltet sich selber.

## 26.11.2010

### [Internet-Pädophilie: Bern macht nun doch vorwärts](#)

Berner Zeitung

Verdeckte Ermittlung gegen pädophile Straftäter im Internet: Die Berner Regierung will verhindern, dass der Spielraum der Polizei eingeschränkt wird.

Die drohende Gesetzeslücke will sie nun rascher schliessen als zuerst geplant. Der Entscheid des eidgenössischen Parlaments überrumpelte die Kantone und bescherte den Politikern ein empörtes mediales Echo: Die Bundesstrafprozessordnung, die Anfang 2011 in Kraft tritt, schränkt die polizeiliche Ermittlung ein. Die Polizei hat ab kommendem Jahr keine gesetzliche Grundlage mehr, um verdeckt zu ermitteln, solange kein konkreter Verdacht besteht. Für Empörung sorgte das vor allem im Zusammenhang mit Straftaten im Internet. So ist bekannt, dass sich pädophile Straftäter gern in Chatrooms tummeln, wo Jugendliche miteinander plaudern. Die Treffen finden dort anonym und nicht selten mit falschen persönlichen Angaben statt. Hier ist die verdeckte Ermittlung ohne konkreten Verdacht ein wichtiges Instrument, um potenzielle Straftäter zu überführen.

#### *Mitbericht im Dezember*

Damit sich solche Straftäter ab 2011 in Chatrooms nicht sicher fühlen können, müssen die Kantone die Gesetzeslücke schliessen. Die Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern plante zuerst, dies im Rahmen einer anstehenden, umfangreichen Revision des Polizeigesetzes zu tun. Damit wäre eine Korrektur jedoch frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2012 wirksam geworden. Nachdem sich Grossräte von SVP, BDP und SP in dieser Zeitung entschieden für eine separate Gesetzesänderung im Eilverfahren ausgesprochen hatten, wird nun eine zeitlich schnellere Lösung auf diesem Wege angestrebt. Das sagte gestern Jean-François Jöhr, stellvertretender Generalsekretär der Polizei- und Militärdirektion (POM). «Wir sondieren bereits vor, um das Geschäft in kürzestmöglicher Frist abwickeln zu können», erläuterte er. Schon in der Session, die Ende März 2011 beginnt, soll der Grosse Rat darüber entscheiden. Dabei wird auch die Frage einer rückwirkenden Inkraftsetzung geprüft.

#### *Stark gestrafftes Verfahren*

Ein zeitlich stark gestrafftes Verfahren erscheint laut Jöhr möglich, da nichts Neues eingeführt, sondern bloss die bisherige Regelung und Praxis nach Wegfall der alten Rechtsgrundlagen auf eine neue Gesetzesgrundlage gestellt werden soll. Zudem gehe es nur um eine kleine Anpassung, die unabhängig von der etwas umfassenderen Revision des Polizeigesetzes durchgeführt werde. Die Direktionen und die Staatskanzlei sollen schon Anfang Dezember in einem Mitberichtsverfahren zur vorgeschlagenen Eilrevision Stellung beziehen können. Im Januar und Februar sollten dann Redaktionskommission, Regierungsrat



und Kommission des Grossen Rates die Vorlage beraten können, bevor sie schliesslich Ende März ins Parlament kommt.

### ***Das Gesetz***

Andere Kantone haben rascher vorwärtsgemacht und die Gesetze schon angepasst. Konkret geht es insbesondere um Artikel 4 des Bundesgesetzes über verdeckte Ermittlung, welches zum Jahresende 2010 aufgehoben wird. Demnach dürfen die Polizeibehörden verdeckt ermitteln, «wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, besonders schwere Straftaten seien begangen worden oder sollen voraussichtlich begangen werden». Ab 1. Januar 2011 ist die verdeckte Ermittlung auf Bundesebene nur noch beim Verdacht möglich, dass eine Straftat begangen worden sei. Das Erkennen und Verhindern von künftigen Straftaten fällt neu in die Kompetenz der Kantone. Diese Kompetenzverschiebung vom Bund zu den Kantonen hat ursprünglich der Ständerat durchgesetzt.

(Berner Zeitung) Erstellt: 26.11.2010, 09:31 Uhr

### **Regierung will sich bei der Pauschalbesteuerung nicht festlegen**

Der Bund, 26.11.2010

## **27.10.2010**

### **Gesundheitsdirektor Perrenoud: «Das Spital ist gut unterwegs»**

Von Dominic Ramel/Dominik Balmer. Aktualisiert am 27.10.2010

Gute Noten vom Chef: Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud besuchte gestern das Spital Langenthal. «Das Spital wird sich gut entwickeln», sagt er mit Blick auf die neue Spitalfinanzierung, die ab 2012 mehr Wettbewerb bringt

[BZ](#)

### **SVP-Grossräte fordern: weg mit Wolf und Luchs**

Von Urs Egli. Aktualisiert am 27.10.2010

Gleich vier Berner SVP-Grossräte wollen mit einem gemeinsamen Angriff alle Wölfe und Luchse im Kanton Bern abschiessen.

Freunde von Wolf und Luchs waren die Berner Oberländer noch nie. Abgeschnittene Luchspfoten zeugten von wenig Liebe zu diesem Raubtier. Doch jetzt, nach dem Entscheid des Nationalrates, den Wolf in der Schweiz zum Abschuss freigeben zu wollen, wittern drei SVP-Männer aus dem Oberland und einer aus dem Emmental Morgenluft. Christoph Berger (Aeschi) und Hans Röstli (Kandersteg) fordern den Regierungsrat per Motion auf, die vom Nationalrat angenommenen Vorstösse zum Thema Wolf «unverzüglich im Kanton Bern umzusetzen». Fakt ist allerdings, dass der Ständerat – mit Ausnahme der Motion von Ständerat Jean-René Fournier (CVP, VS) – die Wolfabschuss-Forderungen aus dem Nationalrat noch gar nicht behandelt hat. Der Schutz des Wolfes dürfe nicht über jenen der Nutztiere gestellt werden. «Wölfe gefährden die sinnvolle Bewirtschaftung unserer Weiden und Alpen», monieren Berger, Präsident des Verbandes bernischer Schafzuchtorganisationen, sowie Meisterlandwirt Röstli. Deshalb müsse der Wolfsschutz

aufgeweicht werden. Luchs gefährdet die Jagd Noch einen Schritt weiter gehen Hans Schmid (Achseten) und Fritz Reber (Schangnau): Im Kanton Bern müsse neben dem Wolf auch der Luchs zum Abschuss freigegeben werden. Die Begründung der Motion ist abenteuerlich. Jäger Schmid fürchtet um die Rehbestände «vor allem im westlichen Berner Oberland». 1,5 Luchse auf 100 Quadratkilometer seien untragbar. Das Ziel des Jagd- und Wildschutzgesetzes, «durch die Jagd eine nachhaltige Nutzung des Wildes zu gewährleisten, kann im westlichen Oberland auf der Rehjagd bei weitem nicht mehr erfüllt werden», reklamiert Schmid. Der zu vielen Luchse und Wölfe wegen würden auch «die Einnahmen durch Jagdpatente, von heute rund 2,2 Millionen Franken jährlich, gefährdet». Regierungsrat und Grosser Rat haben die beiden Anti-Wolf- und -Luchs-Motionen der SVP noch nicht behandelt. ([Berner Zeitung](#))

## **21.10.2010**

### **Erhöhen jetzt viele Gemeinden die Steuern?**

Von Fabian Schäfer. Aktualisiert am 21.10.2010

Weil der Kanton Bern die Steuern 2011 und 2012 senkt, sinken auch die Einnahmen der Gemeinden. Nun erwägen die ersten von ihnen, die Steueranlage zu erhöhen – sehr weit dürften sie dabei aber redlicherweise nicht gehen.

[BZ](#)

## **27. August 2010**

Initiative gegen Handänderungssteuer eingereicht. 26'500 Unterschriften gesammelt. (Berner Zeitung)

Gerät der Kanton Bern in ein Schuldenloch? (Berner Zeitung). Erster Medienauftritt von Beatrice Simon (BZ). Schwarzmalerei mit roten Zahlen? (Der Bund)

Konzept zur Rettung der Bienenvölker (BZ)

## **26. August 2010**

65 neue Polizisten vereidigt (BZ)

Volksvorschlag gegen Energiegesetz ist zustande gekommen (BZ)

## **25. August 2010**

Pflegefälle beissen sich allein durch (Bund). Spitex Bern muss Stellen streichen (BZ)

## **20. August 2010**

[Berner Zeitung](#)

### **Krebs: FDP-Grossrätin Bommeli tritt zurück**

*Die schwer erkrankte FDP-Grossrätin Susanne Bommeli zieht sich ganz aus dem bernischen Kantonsparlament zurück. Wegen ihrer Krebserkrankung verzichtete sie bereits in der vergangenen Junisession auf das Vizepräsidium im Grossen Rat.*

Rücktritt auf die Septembersession.

---

## Der Bund

### **Kein Sonntags-Shopping in der Altstadt**

*Der Berner Stadtrat lehnt einen Vorstoss für längere Ladenöffnungszeiten an Samstagen und Sonntagen in der unteren Berner Altstadt ab. Die rot-grüne Mehrheit setzte sich mit ihren arbeitsrechtlichen Bedenken durch.*

Motopnär Henri-Charles Beuchat (CVP): Städte wie Paris, Berlin oder London lebten auch vom Einkaufstourismus. Im Unterschied zu Bern könne man dort aber auch abends und an Sonntagen einkaufen. «Wir müssen Arbeitsplätze schaffen und die Logiernächte verdoppeln», sagte Beuchat. Auftrag, dass sich der Gemeinderat beim Kanton für eine Aufnahme der Berner Altstadt in die Liste jener Tourismusorte einsetze, deren Läden am Samstag und Sonntag von 6 Uhr früh bis 22.30 Uhr offen haben können. «Dieser Vorstoss rüttelt nicht am generellen Arbeitsverbot an Sonntagen»

#### *«Gefährdung fürs Familienleben»*

Rot-grüne Parteien -> «Die Berner Altstadt ist kein Tourismuspark» (sagte Christine Michel (GB)). Mit der Arbeit an Sonntagen werde das Familienleben der Angestellten im Detailhandel gefährdet. Michel zeigte sich erstaunt, dass just die Familienpartei CVP ein solches Anliegen propagiere. Sie führte auch eine Umfrage der Gewerkschaft Unia ins Feld, wonach sich selbst unter den befragten Ladenbesitzern der unteren Altstadt eine deutliche Mehrheit gegen längere Öffnungszeiten ausgesprochen habe.

Thomas Göttin (SP) -> Kritik am Vorgehen des Motionärs. «Seit Jahren suchen die bürgerlichen Parteien gesetzliche Schlupflöcher, um längere Arbeitszeiten durchzusetzen.» Göttins Parteikollege Ruedi Keller -> gemäss kantonalem Gesetz können bereits heute Lebensmittelläden bis 120 Quadratmeter Grundfläche sonntags offen gehalten werden.

Ein Ja zu längeren Öffnungszeiten in der Altstadt als Ganzes sei jedoch abzulehnen.

Bernhard Eicher (FDP) -> arbeitsrechtliche Bedenken deplatziert. «Der Arbeitnehmerschutz wird über das Arbeitsgesetz und nicht über die Ladenöffnungszeiten geregelt.»

Erich Hess (SVP) -> auch Arbeitsplätze geschaffen. Zudem gehe es nicht um eine Aufhebung des Sonntagsarbeitsverbotes in der ganzen Stadt, sondern nur in einem kleinen Bereich, der touristisch interessant sei. «Wo es nötig ist, soll man am Sonntag die Läden offen halten können».

Jimmy Hofer (parteilos) -> erstaunt, dass von «atheistisch-linker Seite» der Sonntag derart hochgehalten werde. Die untere Altstadt sei abhängig vom Tourismus.

«Touristisch ist Bern in den letzten Jahren in die Nationalliga A aufgestiegen», sagte Gemeinderat Reto Nause (CVP) unter Hinweis auf die gestiegenen Logiernächtezahlen. Die Gäste aus dem Ausland suchten auch das Einkaufserlebnis. Um in die «Champions League des Tourismus» zu gelangen, brauche es aber offene Läden in der Kram- und der Gerechtigkeitsgasse. Diese Gassen seien sonntags voll mit Bärenpark-Besuchern, die ratlos vor verschlossenen Türen stünden. Mit offenen Läden könnte Bern noch mehr Touristen anziehen.

*Nauses Plädoyer blieb chancenlos. Die Motion wurde mit 33 zu 27 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) abgelehnt.*

[Frühere Artikel](#)

---

## 19. August 2010

[Berner Zeitung](#)

### **Acht Gefängnisse werden videoüberwacht**

*Die Kantonspolizei Bern hat bei acht Gefängnissen Videoüberwachung bewilligt. Zudem wollen vier Gemeinden Big Brother.*

Vollzug des revidierten Polizeigesetzes und der Videoverordnung

Anstalten Witzwil, Thorberg, Hindelbank sowie das Massnahmenzentrum St.Johannsen und die Regionalgefängnisse Bern, Biel, Burgdorf und Thun. Weitere Gesuche zur Überwachung von rund 30 öffentlichen Gebäuden sind laut Cédric Meyrat vom Rechtsdienst der Kantonspolizei in Bearbeitung.

Von Seiten Gemeinden gibt es bis jetzt 4 Gesuche.

---

## 17. August 2010

[Berner Zeitung](#)

Die SVP im Berner Jura stellt sich, nicht unerwartet, gegen eine

### **Volksabstimmung zur Jurafrage.**

Die Mehrheit der Bevölkerung wolle keine neuerliche Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit, argumentiert die Partei.

[Berner Zeitung](#)

### **56 Millionen für Berner Kulturinstitutionen - Sparen und Verzichten:**

Das steht für 2012 bis 2015 auf dem Programm von Stadttheater, Berner Symphonieorchester, Historischem Museum, Zentrum Paul Klee und Kunstmuseum. Ihre Subventionen werden nicht erhöht.

---

## 14. August 2010

[Berner Zeitung](#)

Zwangsfusion von Berner Gemeinden soll möglich werden. Der Fusionsdruck auf die Berner Gemeinden soll wachsen: Der Kanton will künftig widerspenstige Gemeinden in ganz bestimmten Fällen zu Fusionen zwingen oder ihre Beiträge aus dem Finanzausgleich kürzen. Bei einem Referendum soll der Souverän des ganzen Kantons entscheiden.

-> Regierung schickt diese Vorlage in die Vernehmlassung.

## 12. August 2010

[jesus.ch](#)

### Mehr Steuergerechtigkeit für Familien

*Noch bis Ende September läuft im Kanton Bern die Sammelfrist für Unterschriften für die Volksinitiative «Faire Steuern - für Familien».*

Die Initiative wurde vom Gewerkschaftsbund lanciert und wird von weiteren familienorientierten Organisationen und Parteien wie zum Beispiel der EVP unterstützt. ...

## 9. August 2010

[Berner Zeitung](#)

### Energieausweis für Gebäude: Volk soll entscheiden

Aktualisiert am 09.08.2010

*Das Volk soll entscheiden, ob es im neuen bernischen Energiegesetz einen obligatorischen Energieausweis für Gebäude und eine Förderabgabe auf Strom verankern will.*

Referendumskomitee unter der Leitung der SVP und des Hauseigentümerverbandes

20'167 Unterschriften kamen zusammen (Peter Brand)

*Nicht gegen das ganze Energiegesetz*

Man sei nicht gegen das ganze Energiegesetz, betonte Adrian Haas. Deshalb habe man den Weg eines konstruktiven Referendums, also eines Volksvorschlags gewählt. Aus dem Gesetz kippen müsse man das Obligatorium des Gebäude-Energieausweises und die Förderabgabe.

Im Komitee engagierten sich darüber hinaus auch der Bauernverband Lobag, GastroBern, der Handels- und Industrieverein, Berner KMU oder der Bernische Elektrizitätsverband.

Geplant waren ursprünglich ein obligatorischer Energieausweis für Gebäude und eine Sanierungspflicht für schlecht klassierte Häuser sowie eine Lenkungsabgabe auf Strom von 3 bis 9 Rappen pro Kilowattstunde.

Aus der Lenkungsabgabe von 3 bis 9 Rappen wurde eine befristete Förderabgabe von 0,5 bis 1 Rappen, und die Sanierungspflicht für schlecht bewertete Häuser wurde aus dem Gesetz gekippt.

---

## [Der Bund](#)

Dass es mehr als doppelt so viele geworden sind, zeige deutlich, dass das Thema dem Volk ein «grosses Anliegen» sei (Peter Brand). Obligatorischer GEAK überflüssig. Er soll freiwillig bleiben. «Mit einer Etiketle allein ist noch keine Energie gespart.»

Die Förderabgabe auf Strom soll aus dem Gesetz gekippt werden.

Die Belastung auf Strom ist bereits heute sehr hoch.

Unbestritten bleibt die Sanierungspflicht für Elektroheizungen.

SP des Kantons Bern: «Leider wollen die bürgerlichen Parteien lieber die Zeit zurückdrehen und griffige Massnahmen gegen den Klimawandel verhindern.» Gehe es nach den Vorstellungen des Referendumskomitees, verkomme das Energiegesetz zu einem «zahnlosen Papiertiger». Dabei könnten mit dem kantonalen Energiegesetz, in der Form, wie es der Grosse Rat im März dieses Jahres abgesegnet hatte, «konkrete Schritte gegen den Klimawandel» unternommen werden. Zudem schaffe es neue Arbeitsplätze. Das Referendum gefährde diese Entwicklung.

## **Abstimmung nicht vor März 2011**

---

## **5. August 2010**

### [Berner Zeitung](#)

## **Kanton Bern spricht mehr Geld für Kindertagesstätten**

Von Martina Bisculm

*Der Kanton Bern baut die Kinderbetreuungs-Angebote dieses Jahr aus. Für drei Millionen Franken stehen 120 neue Plätze in Kindertagesstätten und fast 148'000 zusätzliche Betreuungsstunden bei Tageselternvereinen zur Verfügung.*

Dem Kanton stehen drei Millionen Franken für den Ausbau des Kinderbetreuungs-Angebotes zur Verfügung.

Eine Motion des Grossen Rates hat dies entschieden. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion hat in Folge Bewilligungen für rund 120 zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten und rund 148'000 Betreuungsstunden bei Tageseltern erteilt.

Der Ausbau soll bis im Jahr 2019 jedem fünften Vorschulkind während zweieinhalb Tagen pro Woche eine Betreuung in öffentlich finanzierten Einrichtungen oder Vereinen ermöglichen. Um diese Vorgabe des kantonalen Familienkonzeptes erfüllen zu können, wären zirka 9,8 Millionen Betreuungsstunden und ein Brutto-Budget von 79 Millionen Franken notwendig. Momentan beträgt das Gesamtbudget 64 Millionen Franken plus die drei Millionen für den Ausbau.

Auch im 2011 sind drei Millionen für den Ausbau vorgesehen. Soll das Ziel in den nächsten zehn Jahren erreicht werden, wird das Budget in den Folgejahren zusätzlich erhöht werden müssen, erklärt Esther Christen vom Sozialamt Bern.

### *Nach wie vor grosse Nachfrage*

Die Berner Gemeinden haben in diesem Jahr Gesuche im Umfang von insgesamt rund 9,9 Millionen Franken für zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten und zusätzliche Betreuungsstunden bei Tageseltern eingereicht. Damit ist die Nachfrage nach familienexterner Kinderbetreuung im Kanton nach wie vor gross. Ein Teil der Gesuche konnte nun bewilligt werden, wie die Gesundheits- und Fürsorgedirektion am Donnerstag mitteilte.

Insgesamt stehen im Kanton Bern neu 3050 subventionierte Plätze in Kindertagesstätten und 1,55 Millionen subventionierte Betreuungsstunden bei Tageseltern zur Verfügung.

### *Kein Stadt-Land Gefälle*

Die Gemeinden, welche von den Subventionen profitieren, sind über den gesamten Kanton verteilt. Die Fürsorgedirektion beurteilt alle Gesuche zunächst danach, ob der «Bedarf gegeben ist». Dies ist bei mehr Gemeinden der Fall, als mit den drei Millionen abgedeckt werden können. Priorität bei den Bewilligungen haben diejenigen, welche bislang nur über wenige Betreuungsangebote verfügen. Damit soll regionalen Ungleichheiten vorgebeugt werden. Umgekehrt bedeutet diese Strategie, dass es immer schwieriger wird, in Gegenden wo bereits ein grosses Betreuungsangebot vorhanden ist, noch von der staatliche Finanzierung zu profitieren. Das ist zum Beispiel in der Stadt Bern der Fall.

### **Ergänzende Angaben vom [kantonalen Mediencenter](#)**

Mit Stichtag 1. Juni 2010 hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion Gesuche der folgenden Gemeinden vollumfänglich oder teilweise gutgeheissen:

Erlach, Herzogenbuchsee, Köniz, Langenthal, Lützelflüh, Saanen und Worb (zusätzliche Betreuungsstunden für Tageselternvereine); Grindelwald, Herzogenbuchsee, Huttwil, Madiswil, Münchenbuchsee, Steffisburg und Wohlen (zusätzliche Plätze in den Kindertagesstätten).

Bereits mit Stichtag 1. Februar 2010 hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion Gesuche der folgenden Gemeinden vollumfänglich oder teilweise gutgeheissen:

Burgdorf/Oberburg, Court, Grossaffoltern, Herzogenbuchsee, Huttwil, Kirchlindach, Lützelflüh, Lyss, Münsingen, Vechigen, Wahlern, Worb und Zweisimmen (zusätzliche

Stunden für Tageselternvereine); Biel, Bolligen, Bremgarten, Herzogenbuchsee, Köniz, Langenthal, Les Gardénias (Kinderkrippe der kantonalen französischsprachigen Schule Bern), Rüdltigen-Alchenflüh, Thun, und Zollikofen (zusätzliche Plätze in den Kindertagesstätten).

## **Prinzipielles vom Kanton zu den KITA's**

---

### Berner Zeitung

#### **Läden sollen bis Mitternacht geöffnet bleiben**

Von Urs Egli

*Von 5 bis 24 Uhr einkaufen können. Dies fordert eine SVP-Motion für den Kanton Bern. Die BDP will für Bern eine Sonderlösung.*

«Die Lebensgewohnheiten in unserer Gesellschaft haben sich stark geändert. Viele Mütter sind heute erwerbstätig und können deshalb nicht mehr tagsüber einkaufen. Darauf müssen wir reagieren», betont SVP-Grossrat Erich Hess (Bern). Deshalb verlangt er im Kanton Bern eine möglichst weitgehende Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

Per Motion fordert Hess: Von Montag bis Freitag sind Öffnungszeiten von 5 bis 24 Uhr einzuführen. Dabei soll aber jeder Betrieb selbst entscheiden können, wann innerhalb dieser Zeitspanne er geöffnet haben will.

Am Samstag sollen die Geschäfte von 5 bis 23 Uhr geöffnet haben können.

Er wolle mit seiner Forderung nicht mehr und nicht weniger, als das Arbeitsrecht auf Bundesebene erlaube, sagt Hess. In Basel-Stadt und Genf sei seine Forderung bereits erfüllt. «Der Kanton Bern muss jetzt handeln, um im interkantonalen Vergleich nicht den Kürzeren zu ziehen», fordert der SVP-Motionär.

Dass die Gewerkschaften gegen liberalere Öffnungszeiten Sturm laufen werden, ist Hess zwar überzeugt. Doch er gibt zu bedenken: «Längere Öffnungszeiten heisst auch mehr Arbeitsplätze.»

#### *Stadt Bern ist nicht dabei*

Verlängerte Ladenöffnungszeiten will auch BDP-Grossrat Mathias Tromp (Bern) mit einer im Juni eingereichten Motion erreichen. In «echten Tourismuszonen wie der Altstadt von Bern» soll dies nach Meinung Tromps zu einer Attraktivitätssteigerung führen. Wohl habe der Regierungsrat 39 Gemeinden als «Tourismugemeinden» bezeichnet, doch die Städte, im Speziellen die Altstadt von Bern – «ihres Zeichens Unesco-Welterbe» –, gehöre nicht dazu. Für den früheren BLS-Direktor Mathias Tromp ist klar: «Shopping gehört einfach zu einem kompletten touristischen Angebot – auch an Sonntagen.» Deshalb habe auch der Gemeinderat der Stadt Bern eine entsprechende Motion aus dem Stadtparlament positiv beantwortet. Zu beiden Motionen werden der Regierungsrat und der Grosse Rat des Kantons Bern noch Stellung nehmen.



## [Der Bund](#)

### **Politiker fordern längere Öffnungszeiten**

*Was in Grindelwald oder Interlaken gang und gäbe ist, soll auch in der Berner Altstadt möglich sein: längere Ladenöffnungszeiten und Shopping am Sonntag.*

Doch der Weg dahin ist noch lang - und führt über den Kanton. Dieser regelt nämlich in seinem Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) die Ladenöffnungszeiten abschliessend. Eine dieser Regelungen erlaubt es einer Handvoll Tourismusorten, die Geschäfte länger als üblich und insbesondere auch am Sonntag offen zu halten. Bern sei ebenfalls ein Touristenmagnet. Darum sollte die untere Altstadt mit der Kram- und der Gerechtigkeitsgasse auch als Tourismusgebiet anerkannt werden, fordern zwei Stadträte aus den Reihen der CVP und der BDP. Die Berner Altstadt gehöre schliesslich zum UNESCO-Weltkulturerbe. Mit der heutigen Regelung könne das Gewerbe von diesem Bonus zu wenig profitieren.

Tatsächlich wunderten sich viele Touristen, dass sie am Sonntag unter den Berner Lauben nicht shoppen könnten, schreibt auch der Berner Gemeinderat in seiner Antwort auf den Vorstoss. Eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten in der unteren Altstadt wäre durchaus wünschenswert. Doch diese liege nicht in seiner, sondern in der Kompetenz des Kantons, schreibt der Stadtberner Gemeinderat weiter. Damit Bern, oder zumindest ein Teil davon, in die Liste der Tourismusorte aufgenommen werden könne, brauche es eine Änderung des kantonalen Gesetzes über Handel und Gewerbe. Sie wolle sich beim Kanton für eine solche Teilrevision einsetzen, verspricht die Berner Stadtregierung. Auf kantonaler Ebene hat der Berner Grossrat Erich Hess (SVP) einen Vorstoss für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten eingereicht.

### **Leserbrief von Rösli Fässler, Flawil**

veröffentlicht bei der EDU Kanton St. Gallen

#### *Bestehende Ladenöffnungszeiten genügen*

Leserbrief zu "Nachtruhe in Tankstellenshops" vom Fr. 23.7.2010 und zur Abstimmung zum II. Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnungszeit 26.9.2010

Im Kanton Zürich muss man sich wieder einschränken, was die (fast) unbeschränkte Verfügbarkeit von Gütern des täglichen Bedarfs betrifft, also Lebensmittel, Putzmittel und ähnliches, so war es zu lesen am Fr. 23.7.2010. Das Bundesgericht sieht es richtigerweise so, dass es der Bevölkerung zuzumuten sei, dass in den Nachtstunden nicht eingekauft werden kann. Als Begründung nennt das Gericht, dass Nachtarbeit nur erlaubt werden kann, wenn sie "unentbehrlich" ist. Meines Erachtens hat man sich schon längst davon entfernt, nachts nur "unentbehrliche" Arbeit zuzulassen. Daher begrüsse ich dieses Urteil, es ist ein Zeichen in die richtige Richtung, denn der Nutzen der Nachtruhe ist für Erholung und Gesundheit der Menschen sehr gross.

Am 26. September wird das St.Galler Stimmvolk über den II. Nachtrag zum Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung abstimmen. Was auf den ersten Blick nach einer geringfügigen Verlängerung der abendlichen Ladenöffnungszeiten um eine Stunde aussieht, scheint mir viel gewichtiger. Für das betroffene Verkaufspersonal, es sind mehrheitlich Frauen, würde dies

eine zusätzliche Belastung und eine Stunde später Feierabend bedeuten. Mitbetroffen wären deren Familienangehörige.

Ich erachte es als wichtig, dass wir Konsumenten uns weg von Bequemlichkeit bewegen, weg von "Ich will alles, jederzeit und überall" und uns einschränken, zu Gunsten des Verkaufspersonals, der Familien und damit der Gesellschaft. Kaufen wir zu den vorhandenen Öffnungszeiten bewusst ein, was wir wirklich brauchen, dies schont auch das Portemonnaie.

Als eine, die manchmal Spätdienst oder Nacharbeit in einem unentbehrlichen Bereich leistet, wehre ich mich für andere Berufsgattungen, sie sollen nach Möglichkeit nicht zu späten Stunden arbeiten müssen. Es gilt, allen Bestrebungen für eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und der stückweisen Abschaffung des Ruhetages entschieden entgegen zu wirken. Daher stimme ich am 26. September nein zu dieser Vorlage.

## 2. August 2010

[Der Bund](#)

### Der Fall Aareschutz-Initiative

Von Stefan Wyler. Aktualisiert am 02.08.2010

*Vor der Abstimmung über ein neues AKW Mühleberg lohnt ein Blick zurück: wie die BKW 1993 in den Abstimmungskampf zur Aare-Initiative eingriff, was ihr eine (folgenlose) bundesgerichtliche Rüge eintrug.*

Die BKW wird sich wohl auch in der kommenden kantonalen Abstimmung für das neue Atomkraftwerk Mühleberg einsetzen.

*Die SP hat schon präventiv protestiert.*

Die Diskussion, ob und wie weit ein Konzern, der mehrheitlich dem Staat gehört, mit öffentlichen Geldern einen Abstimmungskampf in eigener Sache führen darf, dürfte intensiv werden.

Unübersehbar sind dabei die Parallelen zu einer Auseinandersetzung, die Mitte der 1990er-Jahre auf politischer und juristischer Ebene den Kanton Bern bewegte: der Streit um die Aareschutz-Initiative. Mit dieser wollten Naturschützer die Aarelandschaft einem strengeren Schutz unterstellen – was umstrittene Projekte wie den Ausbau des Grimselkraftwerks oder eine Grundwasserfassung in der Belpau erschwert bis verunmöglicht hätte. Die BKW, der Wasserverbund Region Bern und mehrere öffentliche Elektrizitätsunternehmen führten eine recht intensive Gegenkampagne.

*Linke beklagt «Desinformation»*

Die Berner Stimmberechtigten haben die Initiative am 26. September 1993 mit 158 246 Ja zu 117 505 Nein deutlich abgelehnt. Mehrere Initiativbefürworter klagten darauf, die BKW und ihre öffentlichen Mitstreiter hätten mit ihrer irreführenden Kampagne die Abstimmung unzulässig beeinflusst. Sie forderten mit mehreren Beschwerden, das Resultat sei für ungültig zu erklären und die Abstimmung sei zu wiederholen. Beurteilen musste die Sache der Grosse Rat – und hier gingen Linke und Grüne, die die Beschwerden gutheissen wollten,

mit der BKW hart ins Gericht. Die Polit-Werbung des Stromkonzerns sei «jenseits aller Grenzen» gewesen, sagte der damalige SP-Präsident Jürg Schärer, grüne Grossrätinnen geisselten die «Angstmacherkampagne», beklagten «Desinformation»: Es gehe nicht an, so befand die Ratslinke, dass staatlich beherrschte Unternehmen mit öffentlichen Geldern den Volkswillen beeinflussten.

### *Das Muribad-Argument*

Die bürgerliche Ratsmehrheit aber setzte sich durch und lehnte die Abstimmungsbeschwerden ab. Sie hielt die Kampagne der öffentlichen Stromproduzenten und des Wasserverbunds in finanzieller Hinsicht für verhältnismässig, und sie wollte auch die meisten umstrittenen Propaganda-Aussagen nicht beanstanden. In zwei Punkten allerdings rügte auch die Grossratsmehrheit die parastaatliche Gegnerkampagne. Ausdrücklich kritisierte sie dabei das umstrittenste Argument der Initiativgegner: In einem Bild-Bericht in der Kundenzeitschrift «Strom» hatte die BKW behauptet, bei strenger Auslegung der Aare-Initiative müssten auch Freibäder wie das Muribad oder das Aarebad Münsingen «entfernt» werden. Hier habe die BKW die Grundsätze der Sachlichkeit und der Zurückhaltung verletzt, zu der sie als halbstaatliches Unternehmen in ihrer Informationstätigkeit verpflichtet sei, urteilte der Grosse Rat.

### *Mehr Kritik aus Lausanne*

Die Initianten zogen den Fall ans Bundesgericht. Und dieses äusserte sich in seinem Urteil im Mai 1995 in mehreren Punkten strenger gegenüber der Kampagne der BKW und ihren Mitstreitern als der Grosse Rat: So taxierte es mehr als nur zwei Behauptungen als «unsachlich» und «falsch». Die Bundesrichter aber befanden, die kritisierten Unwahrheiten wögen «objektiv nicht schwer»; sie seien «bei unvoreingenommenem Vergleich mit der Propaganda der Befürworter als teilweise unsachlich zu erkennen» gewesen. Kritischer als der Grosse Rat wertete das Bundesgericht das finanzielle Engagement der BKW und ihrer öffentlichen Mitstreiter. Diese hatten mit rund 250 000 Franken etwa gleich viel ausgegeben wie das Initiativkomitee.

### *Nicht matchentscheidend*

Am Ende aber wies auch das Bundesgericht die Beschwerden mit demselben Argument ab wie der Grosse Rat. Zwar möchten, so erwog es, die teils unsachlichen Argumente und «der beträchtliche Einsatz finanzieller Mittel» einen gewissen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis gehabt haben. Es sei aber angesichts des sehr deutlichen Resultats «äusserst unwahrscheinlich», dass die teilweise unzulässige Einmischung für das Ergebnis entscheidend gewesen sei.

---

## **22. Juli 2010**

[Berner Zeitung](#)

### **Lösung für Simmentaler Streit?**

Von Fabian Schäfer.

### ***Der Kanton Bern will kleine Spitäler durch Gesundheitszentren ersetzen. Im Simmental liesse sich so das Defizit verkleinern.***

Das bernische Spitalamt will mit der Bildung weiterer Gesundheitszentren die Grundversorgung auf dem Land sicherstellen und die Kostensteigerung eindämmen. In Huttwil und Meiringen gibt es bereits solche Zentren. Die nächsten könnten im Simmental-Saanenland entstehen.

Der Streit um die Akutspitäler Zweisimmen und Saanen, die zum Regionalspital STS gehören, ist noch ungeklärt. Nachdem die Regierung die Neubaupläne verhindert hat, scheint die Bildung von zwei Gesundheitszentren am wahrscheinlichsten. Das Spital STS hat ein Szenario erarbeitet, das zeigt, wie die Region mit zwei Gesundheitszentren versorgt werden könnte. In einem Punkt weicht es von den Ideen des Spitalamts ab: Eines der beiden Zentren soll nicht nur ambulante, sondern auch stationäre Behandlungen der Akutgrundversorgung anbieten, wie Beat Straubhaar, CEO des Spitals STS, erklärt.

#### ***Hausärzte im Zentrum***

Frakturen oder ein Blinddarm sollen vor Ort behandelt werden können, jedoch nur zu festgelegten Betriebszeiten, vor allem tagsüber, nicht aber nachts. Die Zentren hätten einen 24-Stunden-Notfall, operiert und untersucht würde aber nur während der Betriebszeiten. Wer ausserhalb dieser Zeiten den Notfallarzt im Zentrum aufsucht, wird wenn nötig nach Thun verlegt oder am anderen Tag behandelt. Dadurch kann laut Straubhaar ein wesentlicher Kostentreiber eliminiert werden: Das Teuerste sei, während 24 Stunden den Betrieb von Operationssaal und Diagnostik zu gewährleisten. Straubhaar betont, das Angebot von Gesundheitszentren müsse auf die Region abgestimmt sein und mit den ansässigen Ärzten diskutiert werden. Denkbar sei auch, dass Hausärzte im Gesundheitszentrum arbeiten und Spezialärzte vor Ort Sprechstunden anbieten.

Ernüchternd ist: Straubhaar lässt durchblicken, dass die beiden Gesundheitszentren auch nicht kostendeckend betrieben werden könnten. Aber das Defizit wäre immerhin deutlich geringer als mit den beiden heutigen Akutspitälern.

---

#### **[Der Bund](#)**

### **Nächster Schritt zum Haus der Religionen**

Von Christian Brönnimann

Die Verantwortlichen haben das Baugesuch für das Haus der Religionen in Ausserholligen eingereicht. Am Europaplatz ist ein ab dem 3. Stock 90 Meter langes Gebäude mit acht bis zehn Geschossen und einer Höhe von bis zu 37 Metern geplant.

---

## **21. Juli 2010**

#### **[Der Bund](#)**

### **Abschöpfung von Planungsmehrwerten**

Viele Berner Gemeinden kassieren bei Umzünungen Millionen ab – und fast jede rechnet anders.

## 20. Juli 2010

[Berner Zeitung](#)

### **Bauern gegen tieferen Mehlzoll - Getreideanbau gefährdet**

*Die Getreideproduzenten im Kanton Bern schlagen Alarm: Der vom Bund gesenkte Mehlzoll erhöhe den Preisdruck auf die ohnehin schon gebeutelten Landwirtschaftsbetriebe.*

Sollte der Getreidepreis weiter sinken, werde der Getreideanbau unrentabel. Schon zwischen 2008 und 2009 sei der Weizenpreis um 10 Franken pro 100 kg gesunken, sagte Walter Balmer, Präsident der bernischen Bauernorganisation LOBAG laut Redetext am Dienstag in Buswil. Für einen typischen Bauernbetrieb im Berner Mittelland bedeute dies eine Ertragseinbusse von rund 3500 Franken, die nicht zu verkraften sei. Ein sinkender Getreidepreis würde die Rentabilität der Betriebe in den «tiefroten Bereich» bringen, betonte Balmer. Denn während sich die Weizenpreise in den letzten 20 Jahren praktisch halbiert hätten, seien die Produktionskosten für die Getreidebauern deutlich gestiegen. Der Preisdruck durch die Reduktion des Mehlzolls werde zu einem noch stärkeren Rückgang der Anbauflächen führen, sagte Balmer. Dabei seien die Anteile an Getreideacker und offenen Ackerflächen im Kanton Bern stärker zurückgegangen als im schweizerischen Mittel.

#### *Gefährdete Arbeitsplätze*

Auch für Heinz Siegenthaler, Präsident des Getreidezentrums Buswil (GZB) ist die Zollsenkung ein Problem. Nach dem tiefen Weltmarktpreis und dem tiefen Eurokurs komme jetzt die «völlig unbegründete» Zollsenkung, sagte er vor den Medien. Dadurch bestehe die Gefahr, dass der Getreideanbau in der Schweiz sterbe. «Wenn weniger Getreide ins GZB kommt, können wir nicht mehr kostendeckend arbeiten», sagte Siegenthaler. Bei der Schliessung von Getreidezentren gingen zahlreiche Arbeitsplätze, aber auch Knowhow und hochwertige Infrastrukturen verloren.

*Sorgen machen sich die Getreideproduzenten auch um die Ernährungssouveränität der Schweiz.*

Ohne Getreide brauche es keine Mühlen mehr, und das Brot könnte man ja auch gleich importieren, sagte Siegenthaler. Somit gehe es um die Frage, ob die Schweiz ihre Fähigkeit behalten wolle, unabhängig eigenes Brot zu backen. Der Schweizerische Getreideproduzentenverband will nun mit einer symbolischen Aktion auf den Unmut der Bauern hinweisen. Der Verband ruft die Getreidebauern auf, stets eine schwarze Schleife zu tragen, wenn sie Getreide abliefern. (sda)

---

[Der Bund](#)

### **Kritik an Passzentren im Kanton Bern**

***Von Sarah Nowotny. Oberländer Gemeinden halten die Lage in den Ausweiszentren des Kantons Bern für «unzumutbar» und fordern den Regierungsrat in einem Brief zum Handeln auf. Der Kanton dementiert.***

Stell dir vor, es sind Ferien und du kannst nicht verreisen, weil der neue Pass oder die Identitätskarte (ID) nicht rechtzeitig ankommt. Solche Sorgen machen sich die Menschen an den Rändern des Kantons, ganz besonders im Oberland im Zuge der Zentralisierung: Seit dem 1. März kann man Pass und ID nicht mehr in der Gemeinde beantragen, in der man wohnt. Stattdessen müssen Bernerinnen und Berner mit einem der sieben Ausweiszentren, die sich in allen Regionen des Kantons finden, vorliebnehmen und dort im Voraus einen Termin vereinbaren.

Hintergrund ist die Einführung des biometrischen Passes, auf dem Daten des Besitzers – zum Beispiel Fingerabdrücke – gespeichert werden. Spätestens 2012 sollen alle Kantone die Passstellen zentralisieren – allerdings ist gegen dieses Vorhaben noch eine Initiative hängig.

Die Gemeinden rund um Frutigen haben nun sogar dem Regierungsrat einen Brief geschrieben. Darin ist die Rede von «unzumutbaren Zuständen»: lange Wartezeiten und Anfahrtswege sowie überforderte Sachbearbeiter. Die Oberländer Gemeinden verlangen, zumindest die normale ID solle wieder auf Gemeindeebene bestellt werden können.

In den anderen Ecken des Kantons sind die Menschen auch nicht restlos zufrieden mit den Neuerungen. Auf der Gemeindeschreiberei von Rüeggisberg etwa haben sich in den letzten Monaten immer wieder Bürger über lange Wartezeiten beklagt. «Weil Langenthal oft überlastet ist, müssen einige Antragsteller für ihren Pass nach Bern oder Biel ausweichen», heisst es in der kleinen Oberaargauer Gemeinde Berken. Schliesslich ist auch das Seeland nicht frei von Klagen. Gerade für ältere Menschen sei es oft zu kompliziert, für einen Pass in die grösseren Zentren zu fahren, heisst es zum Beispiel in Gals.

Dass es nach der Eröffnung der kantonalen Ausweiszentren im März zu einem Ansturm und langen Wartezeiten kam, ist bekannt. «Inzwischen bekommt man aber in Bern, Biel, Thun, Langnau und Interlaken sofort oder innerhalb einer Woche einen Termin. In Langenthal muss man höchstens 2 Wochen, in Courtelary 1,5 Wochen warten», sagt Verena Berisha, Leiterin des Pass- und Identitätskartendienstes. Oft erhielten Antragsteller ihren Termin sogar noch am selben Tag. «Die Ausweise folgen dann spätestens zehn Tage später, häufig geht es aber wesentlich schneller.» Vor den Sommerferien gebe es immer mehr Anträge. «Darauf stellen wir uns aber ein und beugen Engpässen vor.»

***Regierung bleibt wohl hart***

«... wir glauben, dass es einmal in zehn Jahren zumutbar ist, einen Termin auf einem Ausweiszentrum zu vereinbaren und hinzufahren.» Schwerbehinderte Personen müssten sich zudem nicht in den Zentren einfinden. Seit der Eröffnung der Passzentren haben 47 000 Menschen dort vorgesprochen. «Das sind leicht mehr Antragsteller als in den Jahren davor, weil viele auf den biometrischen Pass gewartet haben.»

In absehbarer Zeit möchte der Kanton in allen Zentren innerhalb von fünf Tagen einen Termin anbieten können. Die beschwichtigende Antwort aus der kantonalen Verwaltung lässt es erahnen: Trotz der Klagen an der Peripherie ist es unwahrscheinlich, dass der Regierungsrat von der geltenden Praxis abweicht – beantworten will er den Brief aus dem Oberland nach den Sommerferien. Vor zwei Jahren hat die Regierung erklärt, dass sieben Ausweiszentren sowohl aus ökonomischer als auch aus regionalpolitischer Sicht sinnvoll seien – rein wirtschaftlich gesehen würden sogar drei reichen. Auch der Grosse Rat hat sich bereits

mehrmals für die sieben Zentren ausgesprochen – und wird im November voraussichtlich erneut über einen Vorstoss diskutieren, der gegen die Zentralisierung aufbegehrt.

---

## 19. Juli 2010

[Berner Zeitung](#)

### Spitalversorgung Bern: Gesundheitszentren braucht das Land

Von Fabian Schäfer. Aktualisiert am 19.07.2010

*Die Diskussion um die Zukunft der kleinen Spitäler im Kanton Bern dreht sich immer häufiger um die Idee der Gesundheitszentren. Aber was ist das eigentlich? Klar ist: Der Kanton setzt sehr grosse Hoffnungen in sie.*

Spitalschliessungen in letzter Zeit: Huttwil, Belp, Simmental-Saanenland

Es geht um Arbeitsplätze und die eigene Gesundheit. Gegen Ängste will das kantonale Spitalamt antreten. Das Zauberwort heisst Gesundheitszentrum. -> Kleine Spitäler in den Randregionen, die unter grossem Kostendruck stehen, sollen vermehrt in Gesundheitszentren umgewandelt werden.

Beispiele seit 2007: Huttwil und Meiringen

#### *Was ist darunter zu verstehen?*

Antworten vom Spitalamt, Leiterin Annamaria Müller und vom Kantonsarztamt:

- Ein Gesundheitszentrum ist kein (kostenintensives) Akutspital, aber mehr als eine Gruppenpraxis;
- es bietet einen ärztlichen Pikettdienst rund um die Uhr;
- es behandelt Notfälle soweit möglich vor Ort
- und sorgt sonst mit dem Rettungsdienst für den Transport in das nächste, geeignete Akutspital;
- es erbringt nur ambulante und keine stationären Behandlungen.

Das Konzept baut auf drei grundsätzlichen Entwicklungen auf:

- Erstens können immer mehr Behandlungen ambulant und damit kostengünstiger erbracht werden – für diese Fälle wäre also auch das Gesundheitszentrum gewappnet;
- zweitens steigen die Anforderungen an Akutspitäler rapide, was kleine Spitäler überfordere;
- drittens sind die Ambulanzfahrzeuge besser ausgerüstet und die Einsatzequipen besser ausgebildet als früher.

Die heutigen Spitalstandorte seien seinerzeit aufgrund der beschränkten Möglichkeiten und Reichweiten der damaligen Rettungswagen definiert worden. «Heute sind diese Fahrzeuge aber kleine Spitäler», betont Müller. Sie seien so eingerichtet, dass Notfallpatienten im Wagen stabilisiert werden können, sodass genug Zeit bleibe, sie ins richtige Spital zu fahren. Auch für Tourismus-Täler Laut Spitalamt kann die Versorgung daher mit den Gesundheitszentren sogar verbessert werden: Es solle nicht mehr vorkommen, dass die



Ambulanz Patienten ins kleine regionale Akutspital bringt, von wo sie später allenfalls doch noch weiterverlegt werden, wenn der Fall zu kompliziert ist.

«Es ist vernünftiger, in die Rettungsdienste zu investieren als in kleine Akutspitäler, die dann gar nicht alle Fälle in der notwendigen Qualität behandeln können.»

Dank den modernen Rettungswagen sieht das Spitalamt auch kein Problem bei der Versorgung der Skitouristen, um die man sich besonders im Obersimmental sorgt. Das Gesundheitszentrum könne einfache Fälle behandeln; komplizierte Fälle würden schon heute in der Regel nach Thun verlegt.

Darüber hinaus kann das Gesundheitszentrum je nach den Bedürfnissen einer Region noch weitere Aufgaben haben. Es kann zum Beispiel auch die Rolle der Hausärzte übernehmen, wo diese fehlen.

### *Schon heute in Städten*

Kein Gehör hat man im Spitalamt für den Einwand aus betroffenen Regionen, man wolle sich lieber vor Ort als in der fernen Stadt behandeln lassen. Die Statistik spricht laut dem Amt eine andere Sprache: Zum Beispiel im Emmental, aber auch in anderen Regionen meldeten sich schon heute nachweislich viele in einem Zentrumsspital ausserhalb der Region an, wenn sie sich einer planbaren Behandlung unterziehen müssen. Nach den Vorstellungen des Spitalamts könnten in naher Zukunft eine ganze Reihe von Gesundheitszentren entstehen. Um die Grundversorgung aufrechtzuerhalten und zugleich die Kostensteigerung im Interesse der Prämien- und Steuerzahler einzudämmen, will das Amt die Umwandlung weiterer Akutspitäler zu Gesundheitszentren fördern.

## **Anschlussthemen**

### *Spital Netz will 2015 neues Stadtspital beziehen*

Aktualisiert am 12.05.2010 Die Berner Spitalgruppe Spital Netz Bern AG hat am Mittwoch bekräftigt, dass sie die bestehenden Berner Spitäler Tiefenau und Ziegler durch einen Neubau ersetzen will. Im Jahr 2015 soll das Spital mit rund 250 Betten bezugsbereit sein.

### *Riggisberg ist das teuerste Berner Spital*

Aktualisiert am 07.07.2010 Erstmals legen die Berner Regionalspitäler die Fallkosten ihrer einzelnen Standorte offen. Das Fazit ist frappant: Dieselbe stationäre Behandlung kostet in den teuersten Spitälern 20 bis 30 Prozent mehr als in den günstigsten.

### *Berner Spitäler sind klar teurer als jene in Zürich*

Aktualisiert am 02.06.2010 Die bernischen Regionalspitäler haben im Schnitt 10 Prozent höhere Kosten als jene in Zürich. Das liegt an Berns Minispitälern.

---

## **13. Juli 2010**

[Berner Zeitung](#)



## **Mehr Geld für Strassenunterhalt nötig**

*Bern gehört zu jenen 17 Kantonen, die mehr Geld ausgeben müssten, um ihre Strassen vor dem Verlottern zu bewahren.*

«10 Prozent der Kantonsstrassen befinden sich in kritischer oder gar schlechter Verfassung», heisst es in einer Studie der schweizerischen Interessenorganisation für das Strassennetz (Infrastruktur Strasse). Rund 3300 Kilometer oder 19 Prozent würden eine ausreichende Qualität aufweisen. Daraus schliessen die Strassenbauer, dass 10 Prozent des Schweizer Kantonsstrassennetzes wegen Oberflächenschäden kurzfristig und weitere 19 Prozent mittelfristig saniert werden müssten. Gesamthaft belaufe sich der Sanierungsbedarf auf rund 5000 Kilometer.

Studie basiert auf einer Umfrage bei den 26 Kantonsingenieuren.

Im Kanton Bern besteht ein hoher Anteil an mittleren bis guten Strassenoberflächen.

Im Bernbiet seien wegen der Sparpolitik der vergangenen Jahre immer mehr Kantonsstrassen in einem kritischen bis schlechten Zustand geraten. Bern gehört denn auch zu jenen 17 Kantonen, die mehr ausgeben müssten, um ihre Strassen in gutem Zustand zu erhalten.

Laut einer Ingenieurnorm, auf die sich die Studie bezieht, müssten 63'000 bis 91'000 Franken pro Kilometer und Jahr für Verbesserungen, Ausbau sowie Unterhalt der Strassen investiert werden. Im Kanton Bern sind es nicht ganz 50'000 Franken.

Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf erkannt und setzt deshalb beim aktuellen Strassenbauprogramm einen Schwerpunkt bei der Werterhaltung. Er hat dafür deutlich mehr budgetiert als in den letzten Jahren. Doch auch die vorgesehenen Gelder von durchschnittlich 43,4 Millionen Franken pro Jahr reichen laut Tiefbauamt nicht aus, um den Werterhalt nachhaltig sicherzustellen. Notwendig wären jährlich 60 bis 65 Millionen Franken.

---

[Der Bund](#)

## **Schulen verlangen nach Hilfe**

Schliessen Kinder mit besonderen Bedürfnissen überfordern viele Lehrer von Regelklassen. Beim Kanton gehen seit einem Jahr mehr Gesuche für Unterstützungsmassnahmen ein.

---

## **12. Juli 2010**

**Ressourcenstarke Kantone werden stärker – Bern verliert ([Berner Zeitung](#))**

*Weitere Themen*

[Der Kanton Bern erhält im Finanzausgleich kein Geld für «Sonderlasten der Kernstädte» mehr.](#) (Berner Zeitung)

[Kanton Bern erhält fast eine Milliarde Franken vom Finanzausgleich](#) (Berner Zeitung)

## **Ressourcenstarke Kantone werden stärker – Bern verliert**

*Die neusten Daten zeigen, dass fast nur diejenigen Kantone wirtschaftlich zulegen konnten, die ohnehin schon ressourcenstark sind. Bern dagegen hat verloren.*

Vergleich zum Kanton ZH: Zürich schöpft seine Kraft aus einer finanziellen Substanz aus Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinnen, die pro Einwohner 70 Prozent grösser ist als in Bern. Der Unterschied wird verkleinert durch den Finanzausgleich, der seit 2008 in Kraft ist. Er hebt den Kanton Bern auf 86 Prozent des Durchschnitts und zieht den Kanton Zürich auf 126 Prozent hinunter, wie die neusten Berechnungen zum Vollzug 2010 zeigten.

Das Ziel des Finanzausgleichs ist es, dass dank den Ausgleichszahlungen auch die ärmsten Kantone im Minimum eine Finanzkraft von 85 Prozent des Durchschnitts erreichen. Der Kanton Bern übertrifft dieses Ziel mit 86 Prozent knapp.

Der Finanzausgleich zwischen den Kantonen schafft Transparenz. Das Ressourcenpotenzial, auf dem der Ausgleich der wirtschaftlichen Ungleichheiten aufbaut, verrät viel über die einzelnen Kantone. Sie werden streng mathematisch anhand der statistisch messbaren Potenz ihrer Steuerzahler verglichen.

Es gilt diese Regel: Je grösser die Summe aller steuerbaren Einkommen, Reinvermögen und Unternehmensgewinne pro Einwohner ist, umso grösser ist auch das Ressourcenpotenzial eines Kantons. Es ist also quasi ein Massstab für die möglichen Steuereinnahmen jedes Kantons. Das Ressourcenpotenzial zeigt, wie gross der Topf ist, aus dem die Kantone Steuern abschöpfen können, um ihre Aufgaben zu finanzieren. Kantone mit einem überdurchschnittlich grossen Topf müssen in den Finanzausgleich einzahlen, die anderen erhalten Geld.

### *Die Ungleichheit wächst*

Indem der Finanzausgleich die nackten Steuerdaten der Kantone nach ausgeklügelten Regeln vergleicht, zeigt er unbarmherzig auf, wie enorm die Unterschiede bei der finanziellen Leistungsfähigkeit ohne den Ausgleich wären. Die Ungleichheiten haben sich seit 2008 sogar noch verschärft. Wichtig zu wissen ist, dass der Ausgleich stets auf älteren Steuerdaten basiert, da diese immer erst verzögert vorliegen. Der Vergleich der Ressourcenpotenziale 2008 und 2011 gibt daher Aufschluss über die wirtschaftliche Entwicklung der Kantone von 2003 bis 2007.

### *Die Extreme: Zug und Uri*

Ganz oben steht beim Index 2011 mit beneidenswert grossem Abstand der Kanton Zug: Seine finanzielle Substanz pro Kopf ist vor dem Ausgleich fast 2,5-mal so gross wie der Durchschnittswert aller Kantone. Ganz unten steht Uri, dessen Steuerkraft nur 57 Prozent des Durchschnitts beträgt. An Zug und Uri lässt sich das volle Ausmass der Ungleichheit bemessen: Die Einkommen, Vermögen und Gewinne, die Zug pro Einwohner besteuern kann, sind mehr als 4-mal so gross wie in Uri. Dies erklärt, wieso Zug pro Kopf 2200 Franken in den Ressourcenausgleich einzahlt und Uri 2100 Franken erhält, womit sich die Unterschiede verringern.

### *Und wo steht Bern in dieser Rangliste der Steuerkraft?*

Ungefähr im Mittelfeld der Bezügerkantone. Berns Steuerkraft beträgt nur 75 Prozent des Durchschnitts. Dieser Wert ist in den letzten Jahren stetig gesunken, von 77 auf 75. Das heisst nicht, dass die Einkommen, Vermögen und Gewinne in Bern gesunken wären. Sie sind zwar gestiegen, aber eben weniger stark als im Durchschnitt.

### *Tiefe Berner Einkommen*

Dass Bern wirtschaftlich nicht potenter ist, liegt primär an den relativ tiefen Einkommen seiner Einwohner, der Haupteinnahmequelle der Kantone. Sie erreichen gerade mal 80 Prozent des Durchschnitts aller Kantone. Laut den Zahlen des Finanzausgleichs 2011 sind die steuerbaren Einkommen pro Kopf nur in fünf Kantonen (UR, GL, SG, VS, JU) tiefer als in Bern und in einem Kanton (FR) gleich hoch.

### *Bei den Gewinnen der Unternehmen*

erreicht Bern einerseits gar nur 75 Prozent des Durchschnittswerts. Andererseits verfügen lediglich neun Kantone über ein grösseres Steuersubstrat an Firmengewinnen als Bern. Dies zeigt, wie gross die Unterschiede gerade in diesem Bereich sind.

Insgesamt fällt auf, dass die Kantone, die schon im Index 2008 stark waren, bis 2011 noch einmal zulegten. Das gilt in extremem Mass für Zug, aber auch für Schwyz und die Waadt. Sowieso konnten fast nur diejenigen Kantone ihre Wirtschaftskraft überdurchschnittlich stark steigern, die schon vorher überdurchschnittlich stark waren. Einzige Ausnahmen sind die Minikantone Appenzell Innerrhoden und Obwalden.

Das kontrastiert mit den Klagen der Geberkantone, die finden, sie müssten zu viel in den Ausgleich einzahlen. Sie haben, das hält der Bundesrat unmissverständlich fest, auch viel stärker zugelegt als die anderen. Allerdings sagen diese Zahlen noch nichts darüber aus, wie sich der Finanzausgleich, der 2008 in Kraft trat, auf die Finanzkraft der Kantone auswirkt. Die Steuerdaten von 2008 werden erst in den Ausgleich 2012 einfließen. Der Vergleich des Ressourcenpotenzials von 2008 und 2011 gibt erst Aufschluss über die wirtschaftliche Entwicklung der Kantone in den Jahren 2003 bis 2007.

---

## **6. Juli 2010**

[Berner Zeitung, 5. Juli 2010](#)

### **Die Wirtschaft beschwert sich über die Strompreiserhöhungen, welche die BKW und andere Konzerne bekannt gegeben haben.**

Die BKW erhöht den Strompreis ab Oktober um durchschnittlich 6 Prozent. Auch die anderen grossen Stromkonzerne der Schweiz, Axpo und Alpiq, planen nach Presseberichten Preiserhöhungen. Der Sprecher des Schweizerischen Gewerbeverbands meint, es gebe keine Begründung für die Erhöhung. Auch der Industrieverband Swissemem kritisiert die Preiserhöhung.

Die BKW begründet die Preiserhöhung mit anstehenden Investitionen, unter anderem für die Instandhaltung und den Ausbau der Netze und der Produktionsanlagen. Renato Tami,

Geschäftsführer der Eidgenössischen Elektrizitätskommission, hält fest, er sehe zurzeit keinen Grund für Preiserhöhungen. Die Kapitalzinsen und die Preise an den Energiebörsen seien tief. Auch Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie, stehe Preiserhöhungen kritisch gegenüber: Wer jetzt noch höhere Preise verlangen wolle, müsse sich schon sehr gute Gründe dafür einfallen lassen.

[Berner Zeitung, 5. Juli 2010](#) und [2. Juli 2010](#)

### **Regierungsrat Bernhard Pulver leitet neu die Arbeiten für den Primatwechsel der kantonalen Pensionskassen. Er sagt, wieso er als Gegner dieses Projekts dessen Leitung übernimmt. Die Kosten stimmen ihn skeptisch.**

Laut Aussage von Bernhard Pulver an einem Interview beschloss die Regierung auf Antrag der Finanzdirektion, dass er die Leitung übernehme, da er als ehemaliger Präsident der PUK zur BLVK vertiefte Kenntnisse von Pensionskassenfragen habe und als bisheriger stellvertretender Leiter das Projekt sofort übernehmen kann. Weiter meint er, er werde den Primatwechsel vorurteilsfrei und lösungsorientiert prüfen. Zu welchem Schluss er komme und was er der Regierung beantragen werde, könne er aber noch nicht sagen.

Graustufen zwischen beiden Modellen würden immer deutlicher, meint Pulver.

Noch am 2. Juli titulierte die BZ:

*Der Primatwechsel der beiden kantonalen Pensionskassen wird aktuell: Er ist leistungs- und kostenneutral möglich.*

Leiter des Projekts ist Stephan Wyss, Swissscanto. Die Skepsis der Personalvertreter ist erwartungsgemäss gross. Zur Sache sagte Wyss, die Arbeiten hätten gezeigt, dass der Wechsel leistungs- und kostenneutral umgesetzt werden könne. Arbeitgeber und -nehmer sollen gleich viel einzahlen wie bisher (Beiträge), die Arbeitnehmer sollen aber grundsätzlich auch so viel erhalten wie heute (Renten).

Knackpunkt ist der Übergang, und ob der Grosse Rat die Übergangsfinanzierung spricht (Skepsis beim Verwaltungspersonal).

[BZ 1. Juli 2010](#)

*Die Versicherten wehren sich also weiterhin gegen einen Primatwechsel.*

Sie fordern Rahmenbedingungen, wenn der Primatwechsel doch vollzogen werde: 100% Deckungsgrad (gegenwärtig 90%), Staatsgarantie (Haftung) für Leistungen; Regelung für Überbrückungsrenten. Neue Anforderungen -> Anpassungen -> Beispiel: Lebenspartnerrente.

---

## **1. Juli 2010**

### **Eine Fusionsinitiative à la Glarus wäre möglich**

Von Fabian Schäfer, BZ

[Artikel original](#)

["Fusionieren ist derzeit völlig in"](#)

Glarus macht heute einen wichtigen Schritt hin zur Grossreform: Aus 25 Gemeinden werden 3. Wäre ein solch radikaler Schritt auch im Kanton Bern möglich? Ja. Nötig wären eine simple Initiative und 15'000 Unterschriften.

GL: Die 25 Gemeinden werden 2011 auf 3 zusammengeschlossen.

Ist, was in Glarus möglich war, auch in Bern möglich? Durchaus, zumindest rechtlich. Der Weg müsste über eine Volksinitiative führen. Man spricht von deren 50 (von 388).

Die Initiative kann der Einfachheit halber als «einfache Anregung» eingereicht werden, wie Staatsschreiber Kurt Nuspliger erklärt, etwa mit der einfachen Forderung, der Kanton Bern dürfe nur noch 50 Gemeinden umfassen.

Zwang in Spezialfällen: Das Credo von Gemeindedirektor Christoph Neuhaus (SVP) ist bekannt: Der Wille zu Fusionen müsse «von unten» kommen; der Kanton könne nur unterstützen; Druck oder Zwang sei kontraproduktiv. Neuhaus gäbe einer Initiative à la Glarus kaum Chancen. «Sie würde Aufmerksamkeit erregen, sonst aber nur die Fronten verhärten.»

Der Grosse Rat hat im Grundsatz bereits für eine Lockerung der «Bestandesgarantie» in der Verfassung votiert. Im August will der Kanton dazu die **Vernehmlassung eröffnen**.

### *Vorschau*

- Gemeinden dürften vom Grossen Rat (oder bei einem Referendum vom Volk) gezwungen werden, wenn die Mehrheit der an einem Fusionsprojekt beteiligten Gemeinden und der Stimmenden dem Zusammenschluss zugestimmt haben.
- Eine Zwangsfusion soll auch dann erlaubt werden, wenn eine Gemeinde ihre Aufgaben nicht mehr selbst erfüllen kann. Dazu sollen im Gesetz klare Kriterien definiert werden.
- Verschärfung im Finanzausgleich: Der Kanton soll neu Ausgleichsbeiträge kürzen können, wenn eine Gemeinde eine Fusion ablehnt, die ihre «finanzielle Leistungsfähigkeit» stärken würde.
- Fusionsförderung (schon seit 2005) -> Beiträge von maximal 100'000 Franken an Abklärungen im Vorfeld von Fusionen.  
Das Geld muss bisher beim Scheitern der Fusion nicht zurückgezahlt werden.  
Paradoxerweise verlangt der Kanton das Geld aber zurück, wenn eine Fusion gelingt. Dieser Fehler wird jedoch per November 2010 behoben.
- Finanzhilfen an gelungene Fusionen: Sie betragen grundsätzlich 400 Franken pro Einwohner der beteiligten Gemeinden, wobei pro Gemeinde maximal tausend Einwohner angerechnet werden.
- Bei Grossfusionen mit vielen Gemeinden gilt ein Bonus, dank dem Beiträge von mehreren Millionen Franken möglich sind.
- Der Kanton gleicht Verluste im Finanzausgleich, die bei Fusionen häufig sind, vorübergehend aus. Diese Frist soll von fünf auf zehn Jahre verlängert werden, um die Gemeinden vermehrt zu Heiraten zu animieren.

## 23. Juni 2010

### **Grossrats-Kommission will Kleinkraftwerke nicht entlasten (Wassernutzungsgesetz)**

Der Bund; [Artikel original](#)

Die vorberatende Grossratskommission möchte kleine Wasserkraftwerke nicht finanziell entlasten. Sie hat sich gegen eine entsprechende Senkung der Wasserzinsen ausgesprochen. Zu Stande kam der Entscheid relativ knapp.

Kommissionspräsident: Messerli, Interlaken

Die Entlastung der kleinen Kraftwerke würde auf einem im Jahr 2007 vom Parlament überwiesenen Vorstoss basieren.

Die beiden anderen Schwerpunkte der Vorlage wurden von der Kommission im Sinne der Regierung verabschiedet ->

- Vereinfachung des Konzessionierungsverfahrens für den Ausbau und die Modernisierung von Wasserkraftwerken
- Dem Kantonsparlament sollen künftig erst Konzessionen für Wasserkraftwerke ab einer Leistung von zehn Megawatt zum Entscheid vorgelegt werden. Bis anhin lag dieser Wert bei drei Megawatt.

Beratung in erster Lesung: Septembersession 2010; zweite Lesung ist Januar 2011